

*Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Band 6/2: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen.*

Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1993, 686 S.

Die Geschichte der Donaumonarchie hat, wie Adam Wandruszka in seinem Vorwort betont, auch mehr als sieben Jahrzehnte nach dem Zerfall dieser Großmacht nicht an Aktualität verloren. Man kann im Gegenteil behaupten, daß das wissenschaftliche Interesse an der Epoche des allmählichen Niedergangs Österreich-Ungarns noch gewachsen ist.

Unter den Beiträgen, die sich mit den außenpolitischen Beziehungen der führenden Großmächte und Nachbarstaaten der Monarchie zum Ballhausplatz befassen, nimmt die Abhandlung Jiří Kořalkas (Prag) einen bedeutenden Platz ein. Der Verfasser bietet ein anschauliches Bild davon, wie deutsche Diplomaten von 1848 bis 1918 an die Probleme der Monarchie und in besonderer Weise die Kontroversen zwischen den Nationalitäten Cisleithaniens in den böhmischen Ländern einschätzten. Die Versuche, in der Ära des Ministerpräsidenten Graf Taaffe einen Ausgleich zu schaffen, waren vergebens. Der beginnende Auflösungsprozeß der Monarchie wurde vor allem nach der Badenikrise auch von der alldeutschen Presse mit Besorgnis beobachtet. Für die Anliegen der Deutschböhmen zeigten, wie der Verfasser bemerkt, die reichsdeutschen Regierungsvertreter wenig Interesse, sie hatten auch von Bismarck die Anweisung erhalten, sich prinzipiell nicht in innerösterreichische Angelegenheiten einzumischen und nur für Angehörige des Deutschen Reiches einzutreten. Kořalka gibt in wesentlichen Punkten die Schuld an der Katastrophe von 1914 einerseits Österreich-Ungarn wegen der Entfesselung des Krieges gegen Serbien, andererseits dem Deutschen Reich mit seiner Kriegserklärung an Frankreich und Rußland. Er erwähnt nicht, daß auch die Ententemächte Kriegsziele verfolgt haben. In der Kriegspolitik 1914/18 geriet das Deutsche Reich zuweilen in einen diplomatischen Konflikt mit der Monarchie, so etwa in der polnischen Frage. Die Nationalitätenprobleme Österreich-Ungarns standen vielfach im Gegensatz zu den politischen Bestrebungen des Bundes-

genossen. 1917 schien die Monarchie dem Ende nahe, und alle Völker, wie der deutsche Botschafter in Wien erwähnt, standen mit Ausnahme der Deutschböhmen gesinnungsmäßig nicht auf der Seite des Deutschen Reiches. Dem wäre jedoch hinzuzufügen, daß sich die Deutschösterreicher 1918/19 in überwiegender Zahl für den Anschluß an die Weimarer Republik aussprachen.

Nikolaus Salzburger und Peter Stadler (Zürich) erörtern die diplomatischen Beziehungen der Schweiz zur Donaumonarchie. Unter dem Eindruck der Befreiung der Eidgenossenschaft vom Hause Habsburg war das nachbarschaftliche Verhältnis lange Zeit gespannt, im Laufe des 19. Jahrhunderts beruhigte sich jedoch die Lage zusehends. Im Zusammenhang mit der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen stand auch die Anregung zu einem Umbau der Monarchie nach föderalistischem Schweizer Vorbild. Neben militärischen Abmachungen ging es vor allem um allgemeine diplomatische Beziehungen, die sich harmonisch gestalteten. Zu erwähnen wäre auch das Zustandekommen geheimer Militärberatungen zwischen Österreich-Ungarn und der Schweiz vor Beginn des Krieges.

Die politische Haltung Italiens gegenüber der Donaumonarchie charakterisiert Angelo Ara (Pavia). Der Regno war seit Mazzinis Zeiten von revolutionärem Gedankengut beeinflusst. Nach Cavours Regierungsära war die Einstellung des Staates eher durch eine zwiespältige Diplomatie gekennzeichnet. Epochen einer gewissen Annäherung wurden von feindseligen Aktionen und politischen Aversionen abgelöst. Die orientalische Frage und die Okkupation Bosniens und der Herzegowina komplizierten die außenpolitischen Beziehungen. Der Abschluß des Dreibundes 1882 stellte einen Wendepunkt dar, als der Konflikt Italiens mit Frankreich in der Tunisfrage den Anschluß an die Mittelmächte Europas bewirkte. Die Annäherung an Wien blieb jedoch ohne Einfluß auf die weiter wirksame irredentistische Propaganda. Nach 1900 entwickelte sich die Stellungnahme Italiens zu den beiden Verbündeten Deutsches Reich und Österreich-Ungarn immer unübersichtlicher. Spannungen gab es vor allem in den „unerlösten“ Gebieten der Irredenta, aber auch im Balkanraum. Kurz nach Beginn des Ersten Weltkriegs erfolgte die Abkehr in das Lager der Westmächte mit dem Sieg der Interventionisten und dem Durchbruch der Austrophobie. Trotzdem war die völlige Auflösung der Donaumonarchie nicht das unbedingte Kriegsziel Italiens.

Zu den historisch gesehen sehr bedeutenden Nachbarn der Monarchie zählte die Türkei, jahrhundertlang nur durch die Militärgrenze von den österreichischen Erbländern getrennt. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die allmähliche Europäisierung der Türkei und die Neuordnung ihres militärischen Systems. Karl Vocelka (Wien) berichtet über die verhältnismäßig neutrale Haltung der Hohen Pforte in der Revolutionsära 1848. Der magyarische Aufstand, die Emigrationsfrage und der wachsende Nationalismus der Slawen auf dem Balkan komplizierten die politische Situation, und doch bemühten sich die Türkei und die Donaumonarchie, eine Status-quo-Haltung einzunehmen. Erst die große Orientkrise 1875/76 und die Schwierigkeiten der Bosnienfrage führten zu gefährlichen Konflikten ebenso wie die Auseinandersetzung um Mazedonien und die jungtürkische Revolution 1908. Diese hatte die Annexionskrise zur Folge und die Balkankriege, doch schließlich stellte sich die Türkei auf die Seite der Mittelmächte.

Stefan Pascu (Cluj-Napoca) und Constantin Nuțu † behandeln die Vorbereitung der

rumänischen Staatsgründung in der Zeit vor 1848 und die ersten Projekte revolutionärer Tendenz gegen die Türkei. Erst im Rahmen der Orientkrise 1875 gelang Rumänien der Weg zur Unabhängigkeit. 1883 trat Rumänien dem Dreibund bei, doch schon um 1900 begann die Abwendung von Österreich-Ungarn, und aus nationalen Gründen entstand ein scharfer politischer Gegensatz zur ungarischen Schulpolitik.

Die Beziehungen Serbiens zur Donaumonarchie (Branislav Vranešević, Novi Sad) waren wechselvoll und seit 1848 stark von dem Bestreben nach Selbständigkeit der Balkanstaaten beeinflusst. Die serbische Außenpolitik beschäftigte sich vorwiegend mit der Orientkrise und dem Projekt einer Donauföderation. Die wirtschaftlichen Beziehungen besserten sich während der achtziger Jahre, und der Einfluß Österreichs führte zur Übernahme der österreichischen wirtschaftlichen Gesetzgebung und anderer Gesetze. Erst der Zollkrieg nach 1890 brachte das Ende der erträglichen nachbarlichen Verhältnisse mit sich, führte zur Annexionskrise 1908 und war einer der Gründe für den Kriegsbeginn 1914. Die Deklaration von Korfu am 20.6.1917 bewirkte darüber hinaus den Zusammenschluß der südslawischen Nationen. Der Verfasser berichtet auch über die Beziehungen zwischen Montenegro und der Donaumonarchie, die erst eine größere Bedeutung zur Zeit des bosnischen Aufstandes während der Balkankriege erhielten. In der albanischen und der Skutari-Frage nahm dieser Balkanstaat eine feindselige Haltung gegenüber Österreich ein. Nach der Kriegserklärung der Monarchie an Serbien kam es auch zum Kriegszustand Montenegros gegen Österreich-Ungarn, der bis 1916 dauerte.

Virginia Paskaleva (Sofia) und Milčo Lalkov (Sofia) setzen sich mit der Problematik der Staatsgründung Bulgariens auseinander, das erst nach Lösung schwieriger Grenzfragen 1878 eine gewisse Selbständigkeit als tributäres Fürstentum der Hohen Pforte erlangt hatte. Durch die Erweiterung des Staatsgebietes 1885 (Einverleibung Ostrumeliens) wurde der Einfluß Österreich-Ungarns verstärkt, und die Übernahme der Regentschaft durch Fürst Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha 1887 führte zu einer weiteren Verbesserung der Beziehungen zur Donaumonarchie. Nach dem Frieden von Bukarest (1913) neigte Bulgarien sich gänzlich den Mittelmächten zu und nahm eine bündnisfreundliche Haltung zu Österreich-Ungarn ein.

Marija Wakounig (Wien) stellte nach einer Vorbemerkung über die bevölkerungsgeschichtliche Situation des Zarenreiches die Grundvoraussetzungen für den Gegensatz zwischen Rußland und Österreich auf dem Balkan dar. Nach der verhältnismäßig friedlichen Ära des Wiener Kongresses entwickelte sich die Krise um das Osmanische Reich zu einem der schwerwiegendsten Probleme Österreichs. Die weltpolitische Instabilität nach den Revolutionen des Jahres 1848 führte zur Ausbildung neuer innenpolitischer Tendenzen im Zarenreich: „Westler“ und Slavophile standen einander gegenüber. Das Vordringen Rußlands auf dem Balkan hatte den Konflikt mit Österreich zur Folge, so daß seit dem Krimkrieg die diplomatischen Beziehungen beider Kaiserreiche stets gespannt waren. Konkreten Anlaß dazu gab die Auseinandersetzung um die Donaufürstentümer. Einen weiteren Konflikt entfachte der polnische Aufstand 1863. Nach dem Berliner Kongreß verstärkte sich das Mißtrauen, trotz Rußlands großer Schwierigkeiten im asiatischen Raum (Konkurrenz Japans). Vereinbarungen (1902, 1903) konnten nur zeitweise Beruhigung auf dem Balkan schaffen. Die panslawistische Ideologie kam erst nach 1908 unter dem Einfluß der Balkanereignisse

zum Durchbruch. Die Gegnerschaft zu Aehrenthals Annexionspolitik und proserbische Agitationen beeinflussten Rußlands Balkanpolitik bis zum Attentat von Sarajewo.

Jean Béranger (Paris) referiert über die Österreichpolitik Frankreichs 1848–1918 und stellt einleitend fest, daß der Bedeutung Österreichs für die Politik Frankreichs im 19. Jahrhundert ein geringeres Gewicht zukam als im 18. Jahrhundert, das Interesse wendet sich mehr den Ereignissen in Italien und Schleswig-Holstein zu. Erst nach 1866 wächst die Sympathie für das geschlagene Österreich. Die slawischen Nationen finden nur in engen wissenschaftlichen Kreisen Fürsprecher, auch František Riegers Denkschrift erhält noch wenig Resonanz. Erst nach dem Scheitern des Bündnisangebotes Frankreichs an Österreich 1867 (das Offensivbündnis wird durch Franz Joseph abgelehnt) begannen sich Presse und Publizistik intensiver mit der Monarchie zu befassen. Neben den historischen Werken von Léger und Denis erscheinen die publizistischen Arbeiten von Bourlier, Kramář und Chéradame. Die Einstellung der französischen Presse zu Österreich blieb verhältnismäßig freundlich, doch sah man eine Katastrophe voraus. Die bankpolitischen Beziehungen zwischen beiden Staaten waren erfreulich rege. Das Interesse an Böhmen stieg nach der Jahrhundertwende merklich. Unter dem Einfluß der Politik Aehrenthals, besonders nach 1912, hielt man den Zusammenbruch Österreich-Ungarns für unausweichlich.

Harry Hanak (London) berichtet über die Beziehungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu Österreich-Ungarn. Die führende Persönlichkeit in den vierziger und fünfziger Jahren der englischen Außenpolitik, Lord Palmerston, trat für die Erhaltung der Großmacht Österreich ein und sprach sich während der Revolutionsjahre gegen eine Loslösung Ungarns von Wien aus. Er vertrat eindeutig den traditionellen Gedanken vom Gleichgewicht der Großmächte in Europa. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten waren um 1848 durch die diplomatischen Konflikte getrübt, die von Emigranten aus dem Bereich der Monarchie ausgelöst wurden. Besonders antiösterreichisch wirkte sich die Affäre um den ungarischen Offizier Martin Koszta im Jahr 1855 aus. Hinsichtlich der Unterstützung Maximilians von Mexiko gab Österreich dem Druck der USA nach und beendete die Anwerbung von Soldaten zur Unterstützung Kaiser Maximilians. Großbritanniens Interesse an dem von Österreich als Einflußsphäre beanspruchten Balkanraum wurde gegen Ende des Jahrhunderts durch die Rivalität mit Rußland im östlichen Mittelmeer geweckt; überdies war die Einschätzung Österreich-Ungarns durch Englands Politik zwiespältig. Erst nach 1900 gewann eine antiösterreichische Haltung, hervorgerufen durch den Zweibund mit dem Deutschen Reich, die Oberhand. Besonders deutlich verschlechterten sich die Beziehungen nach der Annexionskrise 1908. Doch nach Kriegsbeginn 1914 waren in England die Hoffnungen auf eine Fortexistenz der Monarchie nicht ganz geschwunden, erst im Sommer 1918 trat man nolens volens für deren völlige Auflösung ein. Trotz der großen Sympathien der Vereinigten Staaten für die Entente war noch bis zum Ende 1917 keine Kriegserklärung an die Verbündeten des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, erfolgt. Erst am 7. 12. 1917 erklärten die USA Österreich-Ungarn den Krieg, und mit dem „Kongreß der Unterdrückten Völker“ in Rom (April 1918) begann die letzte Phase im Untergang der Monarchie.